



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4–5 | D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)

Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt
Wegscheiderstraße 16,
06110 Halle (Saale)

- nur per Mail -

**Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum**
Abteilung Archäologie

OT Wünsdorf, Wünsdorfer Platz 4–5
D-15806 Zossen

Dezernat Archäologische Denkmalpflege
Gebietsbodendenkmalpflege
Barnim, Potsdam-Mittelmark
Bearbeiterin: Katharina Malek-Custodis
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06
Durchwahl: 03 37 02 / 211 12 90
Telefax: 03 37 02 / 211 1500
Katharina.malek-custodis@bldam.brandenburg.de
Internet: <https://bldam-brandenburg.de>

Wünsdorf, den 16. April 2025

Ihr Zeichen

Unser Zeichen: MK2025:PM/0408

Fachliche Stellungnahme: Flächennutzungsplan der Gemeinde Planebruch, Lkr. Potsdam-Mittelmark

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abteilung Archäologie, nimmt in seiner Eigenschaft als Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale (im Folgenden: Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale) und als Träger öffentlicher Belange (§ 17 Abs. 4 BbgDSchG) zum Schutzgut Bodendenkmale unter Hinweis auf § 1 im "Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg" vom 24. Mai 2004 (Gesetz- und Verordnungsblatt Land Brandenburg - Teil I, Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215ff.) zu o.g. Planung wie folgt Stellung.

1. Einwendungen und Rechtsgrundlage

Im Geltungsbereich befinden sich viele Bodendenkmale im Sinne von § 2 Abs. 1 und Abs. 2, Satz 4 BbgDSchG. Eine entsprechende Liste sowie Kartierung sind beigelegt. Da in Folge von Baumaßnahmen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Veränderungen und Teilerstörungen an Bodendenkmalen herbeigeführt werden, Bodendenkmale jedoch grundsätzlich zu schützen und zu erhalten sind (§§ 1 und 7 Abs. 1 und 2 BbgDSchG), stehen Bauvorhaben Belange des Denkmalschutzes entgegen.

2. Möglichkeiten der Überwindung

Veränderungen und Teilerstörungen an Bodendenkmalen bedürfen gem. §§ 9, 19/ § 20 Abs. 1 einer denkmalrechtlichen Erlaubnis/Baugenehmigung. Der Antrag auf Erteilung einer solchen Erlaubnis ist durch den Vorhabenträger gem. § 19 Abs. 1 BbgDSchG schriftlich mit den zur Beurteilung der Maßnahme erforderlichen Unterlagen bei der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises zu stellen. Im Falle eines Baugenehmigungsverfahrens ist der Antrag an die untere Bauaufsichtsbehörde zu richten. Die Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale wird das Benehmen zur Veränderung bzw. Teilerstörung des Bodendenkmales herstellen, insofern sichergestellt ist, dass:

- A. der Vorhabenträger im Hinblick auf § 7 Abs. 1 und 2 BbgDSchG die denkmalzerstörenden Erdarbeiten/Baumaßnahmen auf ein unbedingt erforderliches Maß reduziert;
- B. der Vorhabenträger in den Bereichen, wo denkmalzerstörende Erdarbeiten bzw. Baumaßnahmen unumgänglich sind, die Durchführung von baubegleitenden bzw. bauvorbereitenden archäologischen Dokumentationen (Ausgrabungen) zu seinen Lasten gem. § 7 Abs. 3 und 4 BbgDSchG gewährleistet.

Einzelheiten hierzu werden im Rahmen des denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahrens geregelt.

Bitte beachten: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.

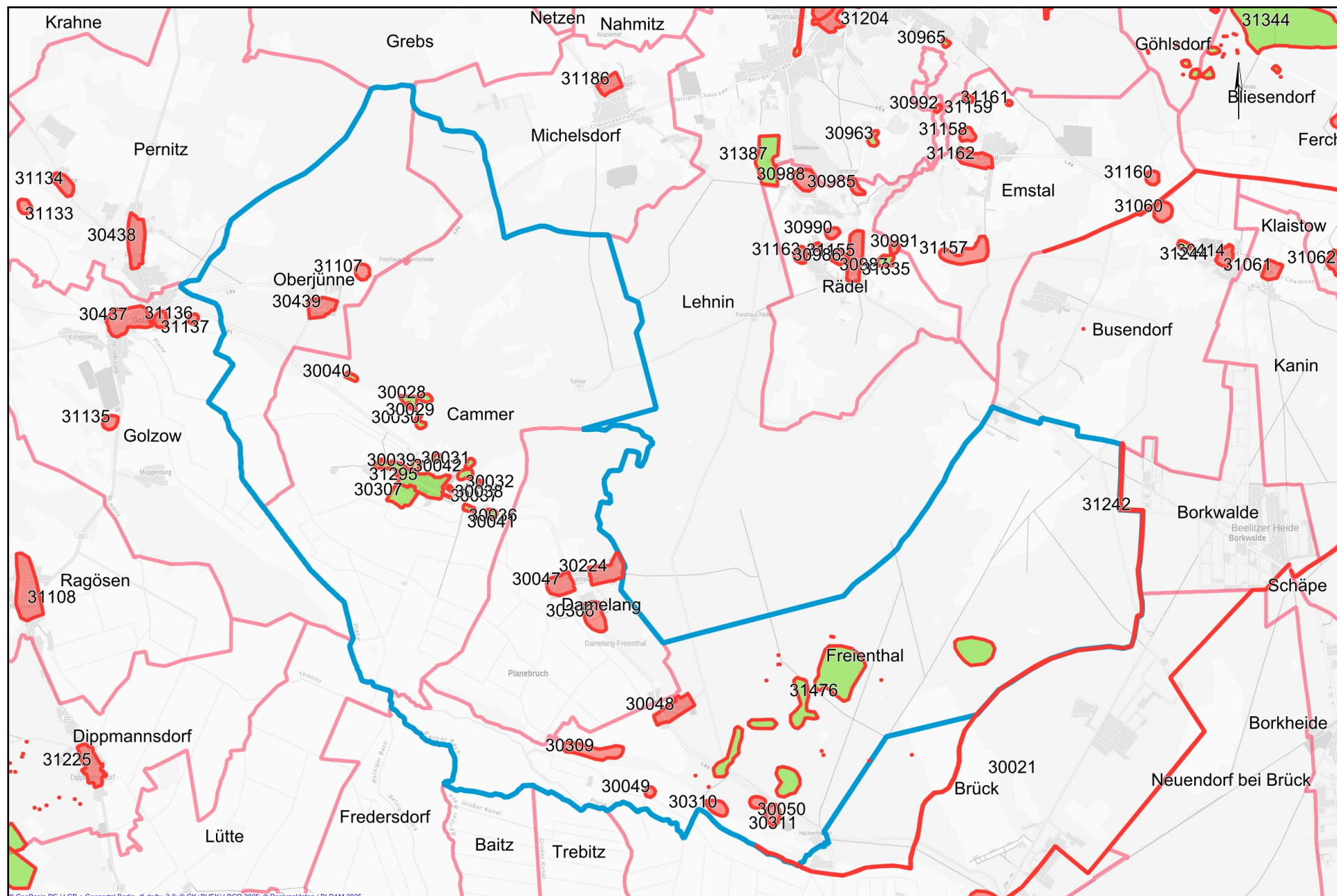
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Katharina Malek-Custodis
Gebietsbodendenkmalpflege Barnim, Potsdam-Mittelmark

BD Nr.	Landkreis	Gemarkungen	Art und Zeit
31242 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Borkwalde, Brück, Busendorf, Freienthal	Grenzmarkierung deutsches Mittelalter; Grenzmarkierung Neuzeit
30042 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Eisenzeit
30038 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Urgeschichte
30040 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Urgeschichte
30029 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Gräberfeld römische Kaiserzeit
30028 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Gräberfeld Eisenzeit
30041 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Urgeschichte
30030 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung römische Kaiserzeit
30036 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Urgeschichte
30032 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Einzelfund Mesolithikum; Siedlung römische Kaiserzeit; Einzelfund deutsches Mittelalter
30031 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Gräberfeld römische Kaiserzeit
30037 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Urgeschichte
30307 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Turmhügel deutsches Mittelalter; Siedlung Urgeschichte; Schloss Neuzeit
31295 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Dorfkern deutsches Mittelalter; Dorfkern Neuzeit; Einzelfund Neolithikum; Siedlung Bronzezeit; Kirche deutsches Mittelalter; Kirche Neuzeit; Friedhof Neuzeit; Siedlung Eisenzeit
30039 i. B.	Potsdam- Mittelmark	Cammer	Siedlung Urgeschichte
30439	Potsdam- Mittelmark	Oberjünne	Dorfkern Neuzeit
30047	Potsdam- Mittelmark	Damelang	Dorfkern deutsches Mittelalter; Dorfkern Neuzeit; Siedlung Urgeschichte
31107	Potsdam- Mittelmark	Oberjünne	Siedlung deutsches Mittelalter; Siedlung slawisches Mittelalter
30224	Potsdam- Mittelmark	Damelang	Siedlung Neuzeit; Siedlung deutsches Mittelalter; Pechhütte Neuzeit

30049	Potsdam-Mittelmark	Freienthal	Siedlung Bronzezeit
30311	Potsdam-Mittelmark	Freienthal	Siedlung Urgeschichte
30048	Potsdam-Mittelmark	Freienthal	Wüstung deutsches Mittelalter; Dorfkern Neuzeit
30309	Potsdam-Mittelmark	Freienthal	Siedlung Neolithikum; Rast- und Werkplatz Mesolithikum
30306	Potsdam-Mittelmark	Damelang	Siedlung Mittelalter
30050	Potsdam-Mittelmark	Freienthal	Siedlung deutsches Mittelalter; Siedlung Urgeschichte
30310	Potsdam-Mittelmark	Freienthal	Siedlung Eisenzeit
30021	Potsdam-Mittelmark	Borkheide, Borkwalde, Brück, Freienthal, Neuendorf b. Brück	Grenzmarkierung deutsches Mittelalter; Grenzmarkierung Neuzeit
31476 i. B.	Potsdam-Mittelmark	Brück, Busendorf, Freienthal	Kohlenmeiler deutsches Mittelalter; Kohlenmeiler Neuzeit



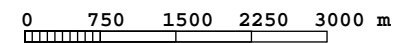
Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0

Denkmaldaten: © BLDAM 2025

Nur für den internen Gebrauch. Die Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe an Dritte ist nur mit Zustimmung des BLDAM erlaubt.

15.04.2025

Maßstab 1: 75000



Absender: Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt
Bearbeiter: Dr. Andreas Wolfart
Tel.: 01522 165 0929
Datum: 17.03.2025

Flächennutzungsplan der Gemeinde Planebruch, Landkreis Potsdam-Mittelmark

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

TÖB
(Verteiler siehe unten)

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
OT Wünsdorf, Wünsdorfer Platz 4-5
15506 Zossen

Baudenkmalpflegerische Belange derzeit nicht berührt!
Bitte beachten: Denkmalliste wird fortgeschrieben.
BLDAM - Abteilung Bau- u. Kunstdenkmalpflege

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindevertretung der Gemeinde Planebruch hat am 27.01.2025 den Vorentwurf des Flächennutzungsplans für die Gemeinde Planebruch gebilligt und zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der TÖB bestimmt.

Mit der Ausarbeitung des Flächennutzungsplans sowie **mit der Durchführung von Verfahrensschritten wurde die Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt, Dr. Andreas Wolfart, beauftragt.**

Planungsgegenstand

Die Gemeinde Planebruch stellt für die OT Cammer und Damelang-Freienthal erstmalig einen Flächennutzungsplan gemäß § 5 BauGB auf; der rechtswirksame Flächennutzungsplan für den OT Oberjünne wird redaktionell überarbeitet.

Im Parallelverfahren stellt die Gemeinde Planebruch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Cammer" auf.

Öffentliche Auslegung im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Der Vorentwurf des Flächennutzungsplans Planebruch, bestehend aus der Planzeichnung Blatt 1 und 2 sowie der Begründung in der gebilligten Fassung vom 27.01.2025, ist online einsehbar auf der Homepage des Amtes Brück unter www.amt-brueck.de/seite/431095/laufende-verfahren-in-der-gemeinde-planebruch.html sowie auf der Webseite vom UVP <https://www.uvp-verbund.de/bb>

Zusätzlich liegt der Vorentwurf im Amt Brück, Ernst-Thälmann-Straße 59, 14822 Brück, **in der Zeit vom 24.03.2025 bis einschließlich 25.04.2025** öffentlich aus.

Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Im Zuge der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erhalten Sie in der Anlage den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes Planebruch, bestehend aus der Planzeichnung Blatt 1 und 2 sowie der Begründung in der gebilligten Fassung vom 27.01.2025, und fordern Sie zur **Stellungnahme bis zum 25.04.2025**, auch hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB, auf.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Amt Brück, Mailadresse baurecht@amt-brueck.de, an meine Mailadresse aw.pgmu@web.de oder per Post an das Amt Brück, Fachbereich Bauen z.Hd. Herrn Clemens Mattern, Ernst-Thälmann-Straße 59, 14822 Brück.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Dr. Andreas Wolfart
Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt
Wegscheiderstraße 16, 06110 Halle (Saale)
Tel.: 01522 165 0929

Anlage

Vorentwurf des FNP der Gemeinde Planebruch, bestehend aus der Planzeichnung Blatt 1 und 2 sowie der Begründung

Verteiler

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Potsdam
Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, Referat GL 5, Potsdam
Landesamt für Umwelt, Potsdam



BUNDESWEHR

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Amt Brück
Ernst-Thälmann-Str.59
14822 Brück

Nur per E-Mail: baurecht@amt-brueck.de

Aktenzeichen	Ansprechperson	Telefon	E-Mail	Datum,
45-60-00 / VII-0569-25-FNP	Herr Deutschmann	0228 5504- 4587	baludbwtoeb@bundeswehr.org	23.04.2025

Betreff: Anforderung einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

hier: Flächennutzungsplan der Gemeinde Planebruch - muss noch Fertig geprüft werden!

Bezug: Ihr Schreiben vom 17.02.2025 - Ihr Zeichen: Ohne

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange berührt, aber nicht beeinträchtigt. Während des ganzjährigen Übungsbetriebes ist mit einer deutlichen Wahrnehmung von Lärmimmissionen und Erschütterungen im Einwirkungsbereich des Truppenübungsplatzes Lehnin zu rechnen. Vor allem für die Ausweisung von Flächen zu Wohnzwecken bzw. als allgemeines Wohngebiet ist dies bei den weiteren Planungen entsprechend zu berücksichtigen.

Unter Berücksichtigung des Planungshinweises bestehen zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Deutschmann



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn
Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 5504-0
Fax + 49 (0) 228 550489-5763
WWW.BUNDESWEHR.DE

Allgemeine Information:

Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail / Internetlink) bereitzustellen. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick). Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

INFRASTRUKTUR

Gemeinsame Landesplanungsabteilung
Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Amt Brück
Fachbereich III
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Nur per mail: baurecht@amt-brueck.de
nachrichtlich: aw.pgmu@web.de
juliane.prause@havelland-flaeming.de
toeb@potsdam-mittelmark.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8,
14467 Potsdam

Bearbeiter/-in: Nicolai Melcel
E-Mail: Nicolai.Melcel@gl.berlin-brandenburg.de
Telefon: +49 331 866-8777
Telefax: +49 331 866-8703 (Potsdam)
+49 331 866-8799 (Cottbus)
Internet: gl.berlin-brandenburg.de
Datum: 29. April 2025
Gesch.-Z.: 11-GL5-4615-2-206/2025-001/002
Dokument Nr.: A-2025-00045571

GL Stellungnahme zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Planebruch

GL-Reg.-Nr. 0179/2025
Verfahrensschritt: Vorentwurf, Stand: Januar 2025
Gemeinde: Planebruch
Kreis: Potsdam-Mittelmark
Region: Havelland-Fläming

- ☒ Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
☐ Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beurteilung der Planungsabsicht auf Grundlage der Landesplanung:

- ☒ Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen
☐ Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung
☐ Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich

Die GL äußert sich im Rahmen der Behördenbeteiligung¹ an kommunalen Bauleitplanungen zu den Inhalten der Landesplanung (LEPro, LEP HR, LEP FS, Braunkohleplanung). Die Belange der Regionalplanung, insbesondere auch die beachtenspflichtigen regionalplanerischen Ziele, werden durch die Regionale Planungsgemeinschaft vertreten. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist als Träger öffentlicher Belange durch die Kommune direkt zu beteiligen.

Erläuterungen:

Mit dem o. g. Vorhaben soll die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde Planebruch vorbereitet werden.
Für die Bewertung des FNP sind folgende Ziele der Raumordnung LEP HR relevant:

¹ Mit Inkrafttreten des geänderten Landesplanungsvertrages am 01.08.2024 ist die bisherige Mitteilung der Ziele der Raumordnung durch die GL entfallen (vgl. <https://bravors.brandenburg.de/vertraege/lply> sowie das Rundschreiben der GL vom 03.09.2024 zur Aufstellung von Bauleitplänen nach Änderung des Raumordnungs- und Landesplanungsrechts: <https://gl.berlin-brandenburg.de/umsetzung-der-raumordnungsplaene/anpassung-der-bauleitplanung-an-die-ziele-der-raumordnung/>).

Entwicklung neuer Siedlungsflächen

Grundsätzlich ist die Entwicklung neuer Siedlungsflächen im gesamten Gemeindegebiet möglich, soweit die Flächen

- an vorhandene Siedlungsgebiete anschließen (Z 5.2 und Z 5.3 LEP HR),
- es nicht zur Erweiterung von Splittersiedlungen kommt (Z 5.4 LEP HR) und
- der Freiraumverbund nicht beeinträchtigt wird (Z 6.2 LEP HR).

Diese Regelungen gelten auch für neue Gewerbe- und Industriegebiete. Vom gemäß Z 5.2 erforderlichen Siedlungsanschluss sind jedoch für diese Gebiete ggf. Ausnahmen möglich, wenn besondere Erfordernisse des Immissionsschutzes oder der Verkehrserschließung ein unmittelbares Angrenzen neuer Flächen.

Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen

Zur Gewährleistung der Eigenentwicklung sieht der LEP HR einen flächenbezogenen Eigenentwicklungsansatz vor. Dieser ist in der Hauptstadtregion großzügig ausgestaltet. Der LEP HR lässt eine uneingeschränkte Innenentwicklung und zusätzlich im Rahmen der Eigenentwicklungsoption (EEO) eine Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen im Außenbereich zu. Nach der EEO ist die Entwicklung von Wohnbauflächen in einem Umfang von bis zu 1 ha/ 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 31. Dezember 2018) für einen Zeitraum von zehn Jahren möglich.

Die Gemeinde Planebruch gehört nicht zu den Schwerpunkten der Wohnsiedlungsflächenentwicklung gemäß Ziel Z 5.6 LEP HR, so dass deren Entwicklung (insb. Wohn- und gemischte Bauflächen) im Rahmen der Eigenentwicklung möglich ist (Ziel Z 5.5 Abs. 1 und 2 LEP HR), d. h.:

- die Innenentwicklung (insbesondere im unbeplanten Innenbereich und im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB, auch Pläne der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB) wird durch Ziele der Raumordnung nicht quantitativ begrenzt;
- neben den Möglichkeiten durch Innenentwicklung können neue Wohnsiedlungsflächen im Rahmen der Eigenentwicklungsoption (1 ha / 1000 EW: d. h. für Planebruch ca. 1,1 ha) geplant werden; anzurechnen sind hier ggf. auch Wohnsiedlungsflächen in „alten“ Bebauungsplänen, die vor dem Inkrafttreten des LEP B-B (am 15.05.2009) festgesetzt wurden und noch nicht realisiert sind;
- Wohnsiedlungsflächen, die während der Laufzeit des LEP B-B in Bauleitplänen (BP und FNP) rechtswirksam dargestellt bzw. festgesetzt wurden, sind nicht auf die Eigenentwicklungsoption anzurechnen.

Die Ergänzungsflächen 1 Cammer und 3 Freienthal können noch als Innenentwicklung im Sinne von Ziel Z 5.5 Abs. 2 LEP HR gewertet werden² und sind ohne Inanspruchnahme der EEO möglich.

Ein Teil des Gemeindeteils Freienthals befindet sich im Freiraumverbund gemäß Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktion des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Für bereits bebaute Gebiete unterhalb des Darstellungsgrenzwertes von 20 Hektar, die im Freiraumverbund liegen, bleiben die Entwicklungsmöglichkeiten nach § 34 und § 35 Abs. 6 BauGB aber unberührt. Durch die beabsichtigte Erweiterung der Wohnbaufläche ist eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten. **Ziel Z 6.2 LEP HR steht dem o. g. Vorhaben nicht entgegen.**

² Diese landesplanerische Bewertung der „Innenentwicklung“ i. S. des LEP HR ist nicht gleichzusetzen mit dem bauplanungsrechtlichen Begriff der „Innenentwicklung“ und ersetzt auch nicht ggf. erforderliche Bewertungen durch die dafür zuständige Behörde.

Entwicklung von gewerblichen Bauflächen sowie Sonderbauflächen für regenerative Energiegewinnung

Die Planfläche 2 Cammer liegt im Siedlungszusammenhang des Ortsteils Cammer. Nach der Festlegungskarte des LEP HR liegt diese Planfläche genauso wie die Sonstige Sonderbaufläche nördlich der L85 (vorhabenbezogenen Bebauungsplan Freiflächen-PVA Cammer) im Randbereich des Freiraumverbundes gemäß Ziel Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Durch die beabsichtigten Planungen ist unter Berücksichtigung der raumordnerischen Planunschärfe eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten.

Ein Teil des Gemeindegebietes liegt in einem Hochwasserrisikogebiet. Wir weisen deshalb auch darauf hin, dass im Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BPR HV) Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Vorsorge gegen Überschwemmungsgefährdung festgelegt sind, die durch die Kommunen in ihren Bauleitplänen zu beachten bzw. berücksichtigen sind.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235)

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)

Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRP HV) v. 19.08.2021; in Kraft getreten am 01.09.2021 mit Verkündung im BGBl. Teil I Nr. 57 vom 25.08.2021

Die Beurteilung aufgrund der folgenden Regionalpläne bzw. Entwürfe erhalten Sie durch die Regionale Planungsgemeinschaft:

Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Havelland-Fläming, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 51 vom 23.12.2020, S. 1322

Sachlicher Teilregionalplan (TPR) Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 23.10.2024, S. 1018; im Internet aufrufbar unter <https://havelland-flaeming.de/regionalplan/entwurf-sachlicher-teilregionalplan-wind/>.

Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 18.11.2021, öffentlich ausgelegt vom 10.03. bis 10.05.2022, im Internet aufrufbar unter <https://havelland-flaeming.de/regionalplan/regionalplan-3-0/>

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** zu Bauleitplanverfahren nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin

[brandenburg.de](https://www.brandenburg.de).

- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung: PLIS@lbv.brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Nicolai Melcel

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.

Amt Brück
FB Bauen z. Hd. Herrn Mattern
Ernst-Thälmann-Str. 59
14822 Brück

vorab per email an: baurecht@amt-brueck.de

Bearb.: Aline Jänicke
Gesch.-Z.: 110-41-802010002/2025-
036/001-3987LF
Telefon: +49 3342 4266-4113
Fax: +49 3342 4266-7266
Internet: [www.lubb.berlin-
brandenburg.de/](http://www.lubb.berlin-brandenburg.de/)
E-Mail: toeb-lubb@LBV.brandenburg.de

Schönefeld, 22.04.2025

Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch (Stand: Januar 2025)

Hier: frühzeitige Beteiligung mit Schreiben vom 18.03.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch (Stand: Januar 2025) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:

1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.
2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt.
3. §18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen.
4. Es bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch (Stand: Januar 2025).

Begründung:

Das Planungsvorhaben umfasst das Gemeindegebiet von Planebruch, im Landkreis Potsdam-Mittelmark des Bundeslandes Brandenburg.

Im näheren Umkreis bis 8 km befinden sich keine genehmigten Landeplätze des Landes Brandenburg. Das Planungsvorhaben befindet sich außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segelfluggeländen. Innerhalb des Gemeindegebietes befindet sich das Modellfluggelände „Damelang“.

Die geplanten Festsetzungen von Bauflächen, insbesondere Sonderbauflächen für regenerative Energiegewinnung (Photovoltaik), Gemeinbedarfsflächen, Verkehrsflächen, Ver- und Entsorgungsflächen, Grünflächen, Wasserflächen, Flächen für Landwirtschaft, Wald / Gehölze und Flächen für Maßnahmen Boden / Natur / Landwirtschaft sind nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Die Fläche des Modellfluggeländes „Damelang“ wurde in den Darstellungen berücksichtigt.

Hinsichtlich der geplanten Flächen für regenerative Energiegewinnung „PV-Anlagen“ ist auf die Verwendung blendfreier Oberflächen bei den Modulen zu achten, um Blendwirkungen für den Luftverkehr auszuschließen.

Das Planungsvorhaben liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).

Insgesamt bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch (Stand: Januar 2025).

Hinweise:

1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.
2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Postfach 2963, 53019 Bonn.
3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen der im Land Brandenburg gelegenen Landeplätzen finden Sie unter: „<https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg>“.

Um Übersendung einer Kopie vom Abwägungsergebnis wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Jänicke

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Amt Brück
Fachbereich Bauen
Herr Clemens Mattern
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Inselstraße 26, 03046 Cottbus

Bearb.: Tzschichholz
AZ: 74.21.48-25-777
Telefon: 0355-48640-337
Fax: 0355-48640-110
Internet: lbgr.brandenburg.de
Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 31. März 2025

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

Flächennutzungsplan Gemeinde Planebruch, Erstaufstellung

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 17. März 2025

Anhørungsfrist: 25. April 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

B Stellungnahme

- 1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

- 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

- 3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:**

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse
Potsdam
Konto-Nr.: 711 040 174 7
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE 43 3005 0000 7110 4017
47
BIC-Swift: WELADEDXXX

Bergbauberechtigungen

Das angezeigte Plangebiet befindet sich teilweise (südlicher Teil) innerhalb des Feldes der Bewilligung „Belzig-Nord B (22- 1480)“, welche die Inhaberin der Bergbauberechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung des im Feld lagernden Bodenschatzes (Sole) berechtigt (Übersichtskarte, Anlage).

Die Bewilligung wurde am 11.02.1999 von der Bergverwaltung erteilt und ist aktuell bis zum 11.02.2049 befristet. Die Möglichkeit einer Verlängerung ist auf der Grundlage von § 16 Abs. 5 BBergG gegeben.

Eine Bewilligung wird durch Artikel 14 GG als eigentumsrechtliche Position geschützt. Auf das Recht aus der Bewilligung sind die für Ansprüche aus dem Eigentum geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend anzuwenden. Die bergbaulichen Interessen sind somit bei behördlichen Entscheidungen und dem Erlass von Regelungen, die die bergbaulichen Tätigkeiten ausschließen oder einschränken, im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen.

Die aktuelle Inhaberin der o. g. Bewilligung ist die

Bad Belzig Kur GmbH
Am Kurpark 15
14806 Bad Belzig

Aus Berechtsamssicht stehen dem Vorhaben keine Belange entgegen.

Bodengeologie

Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2021) befinden sich im Vorhabengebiet und angrenzend unterschiedlich mächtige Erd- und Mulmniedermoore (Übersichtskarte, Anlage).

<https://geo.brandenburg.de/?page=Boden-Grundkarten>

Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Geologie:

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Auf das Anzeigeportal des LBGR <https://bohranzeige-brandenburg.de> wird verwiesen.

Hinweise:

Innerhalb des LBGR wird die Bearbeitung / Darstellung des TöB – Beteiligungsprozesses komplett digital abgebildet. Für eine effiziente, widerspruchsfreie und fristgerechte Bearbeitung des TöB – Prozesses im LBGR ist es dabei notwendig, das Datenaustauschformat XPlan zur Unterstützung eines verlustfreien Austausches von Bauleitplänen, Raumordnungsplänen und Landschaftsplänen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen zu nutzen. Dieses Format ist seit dem 5. Oktober 2017 vom IT-Planungsrat gemäß §12 des Gesetzes über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) verbindlich als Austauschstandard im Planungsbereich festgelegt worden. Ergänzend besteht die Möglichkeit, die Planungsflächen bei Beteiligungsverfahren als GIS Standard shape EPSG – Code 25833 zu übersenden.

Eine Übersendung einfacher pdf-Dokumente als Planungsgrundlage und Darstellung der Planungsflächen genügt diesen Ansprüchen nicht! Zur weiteren Generalisierung des TöB-Prozesses ist zukünftig bei Beteiligungen des LBGR, vorrangig das Bauleitplanungsportal des Landes Brandenburg und zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen. Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf im Vertretungs- oder Krankheitsfall etc. gewährleistet.

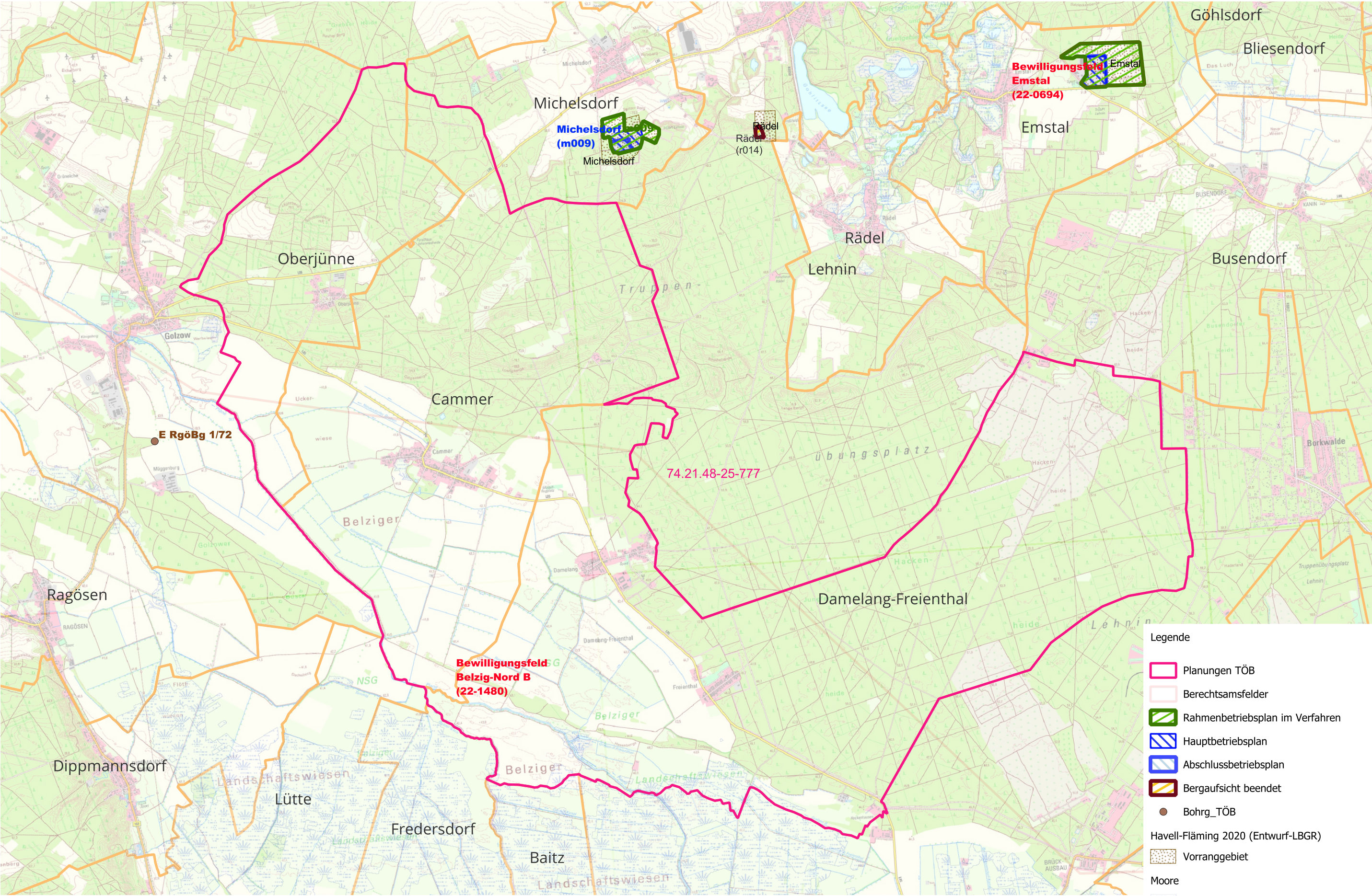
Durch die zunehmende Anzahl von Beteiligungen des LBGR an Bauleitplanungsverfahren, ist eine fristgerechte Bearbeitung der TöB – Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach dem Baugesetzbuch im Land Brandenburg (TöB-Runderlass - TöB-RdErl) nur unter den Voraussetzungen einer digitalen Datenbereitstellung der Planungsflächen möglich.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Tzschichholz

Anlage: Übersichtskarte LBGR, DIN A3

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig



Maßstab: 1:50.000

Stand: März 2025

Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB

Digitale Topographische Karte 1:25 000 Farbe



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt
Dr. Andreas Wolfart
Wegscheiderstraße 16
06110 Halle (Saale)

Bearb.: Frau Heike Hawaleschka
Gesch.-Z.:105-TOEB-
3700/1519+1#206503/2025
Hausruf: +49 355 4991-1365
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 24.04.2025

Flächennutzungsplan Gemeinde Planebruch, LK PM
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 17. März 2025
- Begründung, Januar 2025
- Planzeichnung, 27. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus den Fachbereichen Immissionsschutz und Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Heike Hawaleschka

Dieses Dokument wurde am 24.04.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	FNP der Gemeinde Planebruch, LK PM
<i>Ansprechpartner*In:</i> <i>Referat:</i> <i>Telefon:</i> <i>E-Mail:</i>	Kirsten Genselin W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:

1. Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen

Mit der Plane befindet sich im Plangebiet ein Landesgewässer I. Ordnung gemäß § 3 Abs. 2 BbgWG in Verbindung mit der Brandenburgischen Gewässereinteilungsverordnung (BbgGewEV) vom 01.12.2008, geändert durch Verordnung vom 9. September 2024 (GVBl. II/24, [Nr. 75]).

Der Vorhabenbereich des Plans ist von einem HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung betroffen (siehe auch Punkt 5).

2. Gewässerkundliche Messstellen des LfU Brandenburg

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 1)

Es befinden sich im Plangebiet mehrere Grundwassermessstellen der Landesmessnetze. Baumaßnahmen sind mit dem Ziel der Erhaltung dieser Messstellen mit dem Landesamt für Umwelt (LfU), Referat W12 (Referat „Hydrologischer Landesdienst, Hochwassermeldezentrale“, w12@LfU.Brandenburg.de), abzustimmen. Die Zugänglichkeit der Messstellen muss ständig gewährleistet sein. Wenn Messstellen beseitigt werden müssen, hat der Bauträger nach Abstimmung mit dem LfU, Referat W12, Ersatzmessstellen einzurichten.

3. Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

3.1 Grundsätzliche Anforderungen der EU-WRRL - Planungsgrundlagen / EU-Berichterstattung

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4)

Die **Plane-44**, der **Königgraben Golzow-171** und der **Graben-A Freienthal-444** befinden sich im

Plangebiet.

Der **Graben B-913** und der **Baitzer Bach-445** grenzen unmittelbar an das Plangebiet.

Die genannten Gewässer sind nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtige oberirdische Gewässer.

Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich.

Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung

Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewaesserschutz-und-entwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/>

Allgemein verfügbare Daten- und Planungsgrundlagen des LfU für das Plangebiet

Zur Untersetzung dieser Maßnahmenprogramme werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt u.a. in dem **GEK-Gebiet „Plane-Buckau“**.

Dieses GEK liegt vor und der Endbericht kann unter <https://www.wasserblick.net/servlet/is/87936/> (Regionalbereich West) nachgelesen werden.

Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden www.apw.brandenburg.de (Themen → Wasserrahmenrichtlinie).

Anforderungen an planerische Festlegungen

Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.

Bezüglich spezifischer Anforderungen, die sich aus dem Verschlechterungsverbot bzw. dem Zielerreichungsgebot für die genannten oberirdischen Gewässer ergeben, wird auf Hinweise unter Punkt 3.2 (Gewässerentwicklung) verwiesen.

3.2 Hinweise / Forderungen zur Gewässerentwicklung /

Hydromorphologie Oberflächengewässer / zum Moorschutz

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 2, 4)

Hydromorphologie/WRRL

Nach § 1 (5) BauGB sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber

künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln (...).

Nach § 1 (6) Ziff. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen, insbesondere nach Bst. a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt (...).

Nach § 5 (2) Ziff. 7 BauGB können im Flächennutzungsplan insbesondere dargestellt werden: und die für die Wasserwirtschaft vorgesehenen Flächen (...).

Das Baurecht bietet damit Verpflichtungen, aber auch Möglichkeiten, die nachfolgenden Hinweise zu berücksichtigen und im Rahmen der Bauleitplanung umzusetzen.

Königsgraben Golzow-171

Der Königsgraben Golzow-171 (DERW_DEBB5866_171) weist als berichtspflichtiges Gewässer ein mäßiges ökologisches sowie ein nicht gutes chemisches Potential auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut.

Zur Erreichung des guten ökologischen Potenzials entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahme erforderlich:

- Reduzierung der Nährstoffeinträge durch Anlage von Gewässerschutzstreifen (LAWA-Code:28).

Gemäß FNP grenzen unmittelbar an den Wasserkörper „Flächen für die Landwirtschaft“. Der Wasserkörper wird als geschütztes Biotop ausgewiesen. Es wird vorgeschlagen, beidseitig Flächen zur Anlage eines Gewässerschutzstreifens für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft auszuweisen (je Seite 20 m Breite).

Hinweis: Der Wasserkörper ist nicht vollständig im Flächennutzungsplan (Blatt 2) abgebildet.

Die Lage des Wasserkörpers kann dem Kartendienst des Landes entnommen werden

www.apw.brandenburg.de (Themen → Wasserrahmenrichtlinie).

Graben-A Freienthal-444

Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Es werden investive Maßnahmen geplant. Nähere Informationen können beim Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg (vlf) Potsdam eingeholt werden.

Der Graben-A Freienthal-444 (DERW_DEBB58638_444) weist als berichtspflichtiges Gewässer ein mäßiges ökologisches sowie ein nicht gutes chemisches Potential auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut.

Zur Erreichung des guten ökologischen Potenzials entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahme erforderlich:

- Initialpflanzungen für standortheimischen Gehölzsaum (LAWA-Code:73)
- standortuntypische Gehölze entfernen und zu naturnahen Ufergehölzstreifen umbauen

(LAWA-Code: 73).

Gemäß FNP grenzen unmittelbar an den Wasserkörper „Flächen für die Landwirtschaft“. Der Wasserkörper wird teilweise als geschütztes Biotop ausgewiesen. Es wird vorgeschlagen, beidseitig Flächen zur Anlage eines Gewässerschutzstreifens für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufzunehmen (je Seite 20 m Breite). Der im Raumordnungsgesetz (ROG) § 2 Abs. 2 Nr. 6 S.1 geregelte Grundsatz zur Entwicklung, Sicherung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts ermöglicht grundsätzlich die Unterstützung von Gewässerentwicklungsflächen.

Plane-44

Der Wasserkörper Plane-44 (DERW_DEBB586_44) weist als berichtspflichtiges Gewässer einen unbefriedigenden ökologischen sowie einen nicht guten chemischen Zustand auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut.

Zur Erreichung des guten ökologischen Zustands entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahme erforderlich:

- Gewässerentwicklungskorridor ausweisen (LAWA-Code:70)
- Initialgerinne für Neutrassierung anlegen (LAWA-Code: 72)
- Natürliche Habitatelemente einbauen (LAWA-Code: 72)
- Standortuntypische Gehölze entfernen (z.B. Hybridpapeln, Eschenahorn) und zu naturnahem Ufergehölzstreifen umbauen; Belassen von Sichtschneisen für die Großtrappen (LAWA-Code: 73)

Die aufgeführten Maßnahmen wurden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie (Stand 2019) hydraulisch untersucht. Es ist geplant, mit der technischen Planung 2026 zu beginnen.

Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Der erforderliche Entwicklungskorridor für die aufgeführten Gewässerentwicklungsmaßnahmen wird im Rahmen des FBV arrondiert und sollte in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Nähere Informationen können beim vlf Potsdam eingeholt werden.

Baitzer Bach-445

Der Wasserkörper Baitzer Bach-445 (DERW_DEBB58644_445) weist als berichtspflichtiges Gewässer einen unbefriedigenden ökologischen sowie einen nicht guten chemischen Zustand auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Zustands entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahme erforderlich:

- Gewässerentwicklungskorridor ausweisen (LAWA-Code:70)
- Natürliche Habitatelemente (Substrat und Totholz) einbauen (LAWA-Code: 72)
- Standortuntypische Gehölze entfernen (z.B. Hybridpapeln, Eschenahorn) und zu naturnahem Ufergehölzstreifen umbauen; Belassen von Sichtschneisen für die Großtrappen (LAWA-Code: 73)

Die aufgeführten Maßnahmen wurden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie (Stand 2019) hydraulisch untersucht. Es ist beabsichtigt, mit der technischen Planung 2026 zu beginnen.

Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Der erforderliche Entwicklungskorridor für die aufgeführten

Gewässerentwicklungsmaßnahmen wird im Rahmen des FBV arrondiert und sollte in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Nähere Informationen können beim vlf Potsdam eingeholt werden.

Graben B-913

Der Graben B-913 (DERW_DEBB586382_913) weist als berichtspflichtiges Gewässer ein mäßiges ökologisches sowie ein nicht gutes chemischen Potenzial auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Zustands entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach §27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahme erforderlich:

- Initialpflanzungen für standortheimischen Gehölzsaum (LAWA-Code:73)

Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Es werden investive Maßnahmen geplant. Nähere Informationen können beim vlf Potsdam eingeholt werden.

Gemäß FNP grenzen unmittelbar an den Wasserkörper „Flächen für die Landwirtschaft“ sowie „Flächen für Wald“. Der Wasserkörper grenzt abschnittsweise an den „Freiraumverbund“. Es wird vorgeschlagen, beidseitig Flächen zur Anlage eines Gewässerschutzstreifens für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufzunehmen (je Seite 20 m Breite) mit dem Ziel einen standortheimischen Gehölzsaum zu entwickeln. Der im Raumordnungsgesetz (ROG) § 2 Abs. 2 Nr. 6 S.1 geregelte Grundsatz zur Entwicklung, Sicherung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts ermöglicht grundsätzlich die Unterstützung von Gewässerentwicklungsflächen.

Moorschutz

Im FNP-Gebiet befinden sich organische Böden. Informationen zu Moorböden können dem Kartendienst des Landes entnommen werden <https://geo.brandenburg.de/> (Bodengrundkarte). Geodaten zur Moorbodenkarte des Landes Brandenburg (WMS-LBGR-MOORKARTE) finden Sie unter folgendem

Link:

<https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?url=https://geoportal.brandenburg.de/gs-json/xml?fileid=2e8b9375-84f1-453d-9dbc-5edc5e4f95f1>.

Von einer Überbauung von Moorböden ist abzusehen, da es hierdurch zu einer Degradation des Moorkörpers kommt. Moore sind gesetzlich geschützte Biotope. Gemäß § 30 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG sind Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung von Mooren führen. Darüber hinaus ist nach § 12 Abs. 8 Abs. 2 BBodSchV das Auf- und Einbringen von Materialien in Böden ausgeschlossen, welche als gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 des BNatSchG geführt werden und die Bodenfunktionen nach § 2 Nr. 1 und 2 BBodSchG im besonderen Maße erfüllen. Der Erhalt der Moorflächen dient der Sicherung der Klimaschutzfunktion (C-Senke).

4. Hinweise / Forderungen zur Gewässer- und Anlagenunterhaltung

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 3, 5)

Es wird darauf hingewiesen, dass die Plane im Bereich des Flächennutzungsplans der Gemeinde Planebruch ein Gewässer der I. Ordnung in der Unterhaltungspflicht des Landes ist. Die Pflichten der

Unterhaltung obliegen nach BbgWG § 79 (1) Nr. 1 dem LfU als Wasserwirtschaftsamt des Landes Brandenburg.

5. Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 8)

Hochwasserrisikogebiet entsprechend § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG

Das Plangebiet des Flächennutzungsplans der Gemeinde Planebruch im Landkreis Potsdam-Mittelmark liegt in einem Hochwasserrisikogebiet (HQ100, HQ extrem) entsprechend § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten greift § 78b WHG, die Notwendigkeit zum hochwasserangepassten Planen und Bauen. Des Weiteren ist § 78c WHG zum Errichten und Gebrauch von Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten und in weiteren Risikogebieten zu beachten. Weiterhin gilt es, den schadlosen Hochwasserabfluss zu gewährleisten. Die Hochwassersituation darf sich durch das Vorhaben nicht verschlechtern.

Die Flächen des Hochwasserrisikos HQ extrem sind nach § 5 Abs. 4a BauGB in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt. Wir weisen jedoch darauf hin, dass in der Legende der Titel „Hochwasserrisikogebiet“ durch die Bezeichnung „Hochwasserrisikogebiete (HQ extrem)“ zu ergänzen ist.

In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und Risiken gemäß den rechtsverbindlichen Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16c, § 9 Abs. 5 Nr.1 und Abs. 6a BauGB umfassend einzugehen. Entsprechende Festlegungen zu den genannten Vorgaben aus dem WHG und BauGB sind zu treffen.

Überschwemmungsgebiet entsprechend § 76 Abs. 2 Satz 1 WHG

Das Plangebiet liegt nicht in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet nach § 76 WHG.

Eine Neufestsetzung von Überschwemmungsgebieten ist im Plangebiet noch nicht erfolgt. Es ist aber davon auszugehen, dass entsprechend der geltenden gesetzlichen Regelungen des § 100 BbgWG Überschwemmungsgebiete neu festgesetzt werden. Nach Festsetzung gelten die Vorschriften gemäß § 78 und § 78a WHG gleichermaßen. Daher sollten keine Entscheidungen getroffen werden, die einer späteren Neuausweisung entgegensteht. Die im Plangebiet dargestellte Überschwemmungsfläche des HQ100 kann zur Orientierung für ein zukünftig festgesetztes Überschwemmungsgebiet nach § 76 WHG herangezogen werden.

Hinweise zum Planen und Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen

Zur Vermeidung von Schäden in jeglichen von Überflutungen potenziell gefährdeten Bereichen soll nach Möglichkeit sichergestellt werden, dass die Nutzung der Grundstücke im Plangebiet an die möglichen nachteiligen Folgen von Hochwasser für Menschen, Umwelt und Sachwerte angepasst ist. Dafür sollte die Bauleitplanung in diesen Gebieten hochwasserangepasst erfolgen.

In Betracht kommen dazu neben Informationen über hochwasserbedingte Risiken im Bebauungsplan, auch Vorgaben für eine hochwasserangepasste Bauausführung durch Festsetzungen zum Beispiel der Bauweise und der Stellung baulicher Anlagen, der nicht überbaubaren Grundstücksflächen, der von Bebauung freizuhaltenden Flächen und der Höhenlage der zulässigen Nutzung (mit Blick auf Gebäude

wie auch auf einzelne Geschosse oder Teile baulicher Anlagen) sowie Vorgaben zum sicheren Betrieb von Ölheizungen.

Hinweise zum hochwasserangepassten Bauen kann der Hochwasserschutzfibel – Objektschutz und bauliche Vorsorge des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat entnommen werden (Download unter: <https://www.fib-bund.de/Inhalt/Themen/Hochwasser/>).

Karten / Geodaten

Die konkrete Gefährdung kann mithilfe des Kartendienstes des Landes „Auskunftsplattform Wasser“ (APW) überprüft werden (siehe <https://apw.brandenburg.de/>).

Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV) unter folgendem Link:

<https://metaver.de/search/dls/#?serviceId=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24>.

Hinweis zum Beteiligungsverfahren

Im Plangebiet befinden sich Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.

Kirsten Genselin

Dieses Dokument wurde am 16.04.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Formblatt

Landesbetrieb Forst Brandenburg
Untere Forstbehörde
Forstamt Potsdam - Mittelmark
Waldfrieden 11
14806 Bad Belzig

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Vorbemerkung

Nach § 4 Absatz 1 BauGB haben sich die Träger öffentlicher Belange gegenüber der Gemeinde über den nach ihrer Auffassung erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Ihre Äußerung wird die Gemeinde in die Entscheidung nach § 2 Absatz 4 Satz 2 BauGB einbeziehen.

Soweit nach Ihrer Auffassung die Verwirklichung der beabsichtigten Planung wegen nicht durch Abwägung oder durch die Erteilung von Ausnahmen/Befreiungen überwindbarer rechtlicher Vorgaben nicht möglich sein wird, bitten wir um entsprechende Hinweise unter Nennung der Rechtsgrundlagen.

Umwelt(verträglichkeits)prüfungen sind auf mehreren Ebenen erforderlich und sollen aufeinander aufbauen. Untersuchungen, die sachgerecht erst bei der Vorhabengenehmigung durchgeführt werden können, sind im Rahmen der Bauleitplanung verfrüht. Wir bitten daher um Hinweise zur sachgerechten Aufteilung des nach Ihrer Auffassung insgesamt erforderlichen Untersuchungsumfangs.

Nach § 4 Absatz 2 BauGB haben die Träger öffentlicher Belange vorliegende Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um Mitteilung, welche entsprechenden Informationen bei Ihnen vorliegen.

Die Gemeinde hat im Umweltbericht die Maßnahmen anzugeben, die sie zur Überwachung erheblicher Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt beabsichtigt. Sie nutzt dabei nach § 4c BauGB die Informationen der Behörden nach § 4 Absatz 3 BauGB. Wir bitten um Vorschläge für geeignete Überwachungsmaßnahmen und Mitteilung, welche Überwachungssysteme bei Ihnen bereits bestehen.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen ☒

Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde/Amt:

☒ Flächennutzungsplan

.....
Gemeinde Planebruch mit den Ortsteilen Cammer, Damelang, Freienthal und Oberjünne

☐ Bebauungsplan

.....
☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan

.....
☐ sonstige Satzung

Anlagen:

☐ Informationen über allgemeine Ziele und Zwecke der Planung und sich wesentlich unterscheidende Lösungen

☐ Vorentwurf (soweit bereits vorhanden)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Landesbetrieb Forst Brandenburg
Untere Forstbehörde
Forstamt Potsdam - Mittelmark
Waldfrieden 11
14806 Bad Belzig

☒ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendungen:

b) Rechtsgrundlagen:

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahme von Befreiungen):

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Festlegung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise:

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

Im Zuge der Umsetzung von genehmigten Erstaufforstungsvorhaben können sich Änderung der Flächennutzung (z. B. bei Landwirtschafts- oder Brachflächen) ergeben.

17.04.2025

Datum, Unterschrift


Landesbetrieb Forst Brandenburg
Forstamt Potsdam-Mittelmark
Waldfrieden 11
14806 Bad Belzig



LANDKREIS
POTSDAM-MITTELMARK

Landkreis Potsdam-Mittelmark · Niemöllerstraße 1 · 14806 Bad Belzig

Nur per Mail baurecht@amt-brueck.de und aw.pgmu@web.de

Amt Brück

Der Amtsdirektor

Ernst-Thälmann-Str. 59

14822 Brück

DER LANDRAT

Dezernat Bauen, Umwelt und

Kataster

Fachdienst Umwelt, Denkmal und

Recht

Postanschrift:

Postfach 11 38, 14801 Bad Belzig

Besucheranschrift:

Potsdamer Straße 18 A, 14513 Teltow

Ihr Kontakt beim Landkreis:

Frau Dorn

Telefon: 03328 318-541

toeb@potsdam-mittelmark.de

Datum: 22.04.2025

Unser Zeichen: 01023-25-60

Anlass: Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zu dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch

Grundstück: Cammer - OT der Gemeinde Planebruch, ~
Gemarkung Cammer, Flur 4, Flurstücke 75, u.a.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Mail vom 17.03.2025 bittet die Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch.

Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.

Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.

Kontaktieren Sie uns:

Telefon: 033841 91-0

Fax: 033841 91-218

kontakt@potsdam-mittelmark.de

Besuchen Sie uns auf:

potsdam-mittelmark.de

Landkreis Potsdam-Mittelmark

IBAN: DE93 1605 0000 3502 2213 23

Mittelbrandenburgische Sparkasse

Steuer-ID: DE18 11 61 118



- **Fachdienst Umwelt, Denkmal und Recht**

Untere Wasserbehörde

Die untere Wasserbehörde stimmt den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch mit der nachfolgenden Anregung zu.

Anregung

Im Punkt 6.5.2 der Begründung werden punktuelle Dosieranlagen in Cammer und Damelang beschrieben. Was sollen diese punktuellen Dosieranlagen sein beim Thema Abwasserbehandlung? Handelt es sich um Annahmestationen für Fäkalien? Bitte näher beschreiben oder richtig bezeichnen.

Untere Abfallwirtschaftsbehörde

Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen.

Untere Bodenschutzbehörde

Die im Planungsgebiet liegenden altlastenverdächtigen Flächen und Altlasten können bei der Unteren Bodenschutzbehörde (abfall-boden@potsdam-mittelmark) abgefragt werden.

Untere Naturschutzbehörde

A. Einwendungen

Keine.

B. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Gemäß § 5 Abs. 5 BauGB ist dem Flächennutzungsplan eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB [Begründung zum Bauleitplanentwurf, Umweltbericht] beizufügen. Die Bestandteile des Umweltberichts sind in der Anlage 1 zum BauGB festgelegt.

C. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

Die Gemeinden überwachen gemäß § 4c BauGB die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen; Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung von Darstellungen oder Festsetzungen nach § 1a Abs. 3 S. 2 BauGB und von

Maßnahmen nach § 1a Abs. 3 S. 4 BauGB (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz).

D. Weitergehende Hinweise

1) Nachrichtliche Darstellungen

Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt sind, sollen gemäß § 5 Abs. 4 BauGB nachrichtlich in den Flächennutzungsplan übernommen werden. Die maßgeblichen Abgrenzungen der Europäischen Vogelschutzgebiete sind der Anlage 3 des BbgNatSchAG, die der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung den entsprechenden Naturschutzgebiets- beziehungsweise Erhaltungszielverordnungen und die der Natur- und Landschaftsschutzgebiete den Anlagen der Schutzgebietsverordnungen zu entnehmen. Diese letztgenannten Flur- oder Liegenschaftskarten sind im MLEUV sowie als Kopien bei den örtlich zuständigen unteren Naturschutzbehörden kostenlos während der Dienstzeiten einsehbar.

Es ist zwingend zu beachten, dass Darstellungen der Internet-Kartendienste von Schutzgebietsgrenzen nicht flurstücksscharf sind, oft sogar erheblich von den tatsächlichen Grenzen abweichen. Sie dienen ausschließlich dem Überblick.

Zur Übermittlung der Lagedarstellungen der vom Landkreis Potsdam-Mittelmark beziehungsweise den Vorgänger-Landkreisen festgesetzten Naturdenkmäler einschließlich Flächennaturdenkmäler und flächenhaften Geschützten Landschaftsbestandteile wenden Sie sich unter gis@potsdam-mittelmark.de an den Landkreis Potsdam-Mittelmark.

2) Berücksichtigung der Landschaftsplanung

Bei der Aufstellung eines Bauleitplans sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. g BauGB und § 9 Abs. 5 S. 1 BNatSchG die Inhalte der Landschaftsplanung zu berücksichtigen. Im Aufstellungsverfahren des Flächennutzungsplans hat sich die Gemeinde auch mit den Inhalten des Landschaftsprogramms¹ auseinanderzusetzen. Soweit den Zielen, Erfordernissen und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege – das betrifft insbesondere auch Erfordernisse des Biotopverbundes – nicht Rechnung getragen werden kann, ist dies gemäß § 9 Abs. 5 S. 3 BNatSchG zu begründen.

3) Zur Pflicht der Aufstellung eines Landschaftsplans

Die für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden gemäß § 11 Abs. 1 BNatSchG auf der Grundlage der Landschaftsrahmenpläne für die Gebiete der Gemeinden in Landschaftsplänen dargestellt. Die Ziele der Raumordnung sind zu beachten; die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind zu berücksichtigen. Der Landschaftsplan soll die in § 9 Abs. 3 BNatSchG genannten Angaben enthalten. Die in den Landschaftsplänen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der

¹ <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueber-uns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-12-2000-landschaftsprogramm-brandenburg>

Landschaftspflege sind gemäß § 11 Abs. 3 BNatSchG in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen und können als Darstellungen nach § 5 BauGB in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Gemäß § 11 Abs. 2 BNatSchG ist ein Landschaftsplan aufzustellen, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 BNatSchG erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind.

In diesem Zusammenhang wird auf das Schreiben „Pflicht zur Aufstellung von Landschaftsplänen“ des MLUK vom 28.06.2022 hingewiesen. Darin heißt es wörtlich:

„Gemäß § 11 Abs. 3 BNatSchG sind die in den Landschaftsplänen für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen in der bauleitplanerischen Abwägung zu berücksichtigen. Dies setzt deren Aktualität voraus.

Daher sind die Landschaftspläne mindestens alle zehn Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchen Umfang mit Blick auf die in § 11 Abs. 2 S. 1 BNatSchG genannten Kriterien eine Fortschreibung erforderlich ist.

Diese Prüfung beinhaltet nach § 9 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 BNatSchG auch die Richtigkeit der Angaben über den vorhandenen und zu erwartenden Zustand von Natur und Landschaft (Aktualität). Die Angaben müssen nach wie vor inhaltlich richtig sein; das betrifft insbesondere das Vorkommen von Arten und Lebensgemeinschaften, aber auch methodisch müssen sie dem Stand der Technik und den aktuellen Vorgaben der Landschaftsrahmenpläne entsprechen.

Das Fehlen eines aktuellen und dem Stand der Technik entsprechenden Landschaftsplans kann bei Planungen und Entscheidungen, die zu wesentlichen Veränderungen von Natur und Landschaft führen, bewirken, dass der öffentliche Belang des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht adäquat in der Abwägung berücksichtigt werden kann.

Der Landschaftsplan kann auch nicht durch informelle Gutachten oder Beiträge ersetzt werden.“

Bei der Aufstellung des Landschaftsplans sind die Vorschriften des § 5 Abs. 2 S. 1 BbgNatSchAG sowie des Gemeinsamen Erlasses des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung und des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr „Bauleitplanung und Landschaftsplanung“² zu beachten. Gemäß § 5 Abs. 4 BbgNatSchAG ist bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsplans die untere Naturschutzbehörde zu beteiligen.

4) Landesweiter Biotopverbund

Der Flächennutzungsplan liegt dem Landschaftsprogramm Brandenburg zufolge teilweise innerhalb des landesweiten Biotopverbundes. Der sachliche Teilplan Biotopverbund wird derzeit fortgeschrieben, liegt jedoch bereits im Bearbeitungsstand des Entwurfs vor³.

Die Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Landschaftsprogramms sind gemäß § 1 Abs. 6 S. 1 Nr. 7 Buchst. g BauGB zu berücksichtigen.

² <https://bravors.brandenburg.de/de/verwaltungsvorschriften-216352>

³ <https://mluk.brandenburg.de/n/biotopverbund/Fachdaten/LaPro-Biotopverbund-Karte-3-7-600dpi-Vorentwurf.pdf>

5) Gemeinsame Arbeitshilfe PV-FFA des MLUK, MIL und MWAE

Bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans sollte die „Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg“ (MLUK, MIL und MWAE [Hrsg.], 2023)⁴ berücksichtigt werden. Bei der Planung von PV-FFA auf Flächen des landesweiten Biotopverbundes darauf zu achten, dass dessen Funktionsfähigkeit gewährleistet wird.

6) Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz

Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind gemäß § 1a Abs. 3 S. 1 BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt gemäß § 1a Abs. 3 S. 2 BauGB durch geeignete Darstellungen nach § 5 BauGB als Flächen zum Ausgleich.

Der Flächennutzungsplan hat die Funktion einer vorsorglichen Sicherung solcher Flächen, auf denen Maßnahmen zum Ausgleich von zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft vorgesehen werden sollen. Dabei enthält der Flächennutzungsplan im Sinne des Entwicklungsgebots gemäß § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB Voraussetzungen für die Aufstellung von Bebauungsplänen, in denen Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich von Natur und Landschaft bodenrechtlich verbindlich festgesetzt werden. Flächen zum Ausgleich im Sinne des § 1a Abs. 3 BauGB im Geltungsbereich des Flächennutzungsplans können gemäß § 5 Abs. 2a BauGB den Flächen, auf denen Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind, ganz oder teilweise zugeordnet werden.

Gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG ist eine Beeinträchtigung ausgeglichen, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. Eine Beeinträchtigung gilt dann als ersetzt, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts im betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist.

Bei der Festsetzung von Art und Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind gemäß § 15 Abs. 2 S. 5 BNatSchG unter anderem die im Landschaftsrahmenplan oder Landschaftsplan dargestellten Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

Für die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung wird im Land Brandenburg von der Obersten Naturschutzbehörde, dem Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (im Folgenden: MLEUV), die Anwendung der Hinweise des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz zum Vollzug der Eingriffsregelung⁵ (im Folgenden: HVE) empfohlen.

⁴ <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/aktuelles/presseinformationen/detail/~23-08-2023-ausbau-erneuerbarer-energien>

⁵ https://mlul.brandenburg.de/media_fast/4055/hve_09.pdf

Bei der Planung von Kompensationsmaßnahmen für Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und Landschaftsbildes ist zu beachten, dass die ausgewählten Flächen aufwertungsfähig und aufwertungsbedürftig sind.

7) Kompensationsflächen-Kataster EKIS und des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund bestandskräftiger Entscheidungen von Behörden des Landes Brandenburg oder des Landkreises Potsdam-Mittelmark sind bei der Aufstellung des B-Plans zu beachten. Insofern ist das Eingriffs- und Kompensationsflächeninformationssystem des Landes Brandenburg (EKIS)⁶ auszuwerten. Zur Übermittlung eines Shapes des Kompensationsflächen-Katasters der unteren Naturschutzbehörde wenden Sie sich unter gis@potsdam-mittelmark.de an den Landkreis Potsdam-Mittelmark. Allerdings das letztgenannte Kataster nicht durchgehend aktualisiert.

8) Redaktionelles

Die Schutzgebiete des Netzes „Natura 2000“ lauten gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 6 und 7 BNatSchG „Europäische Vogelschutzgebiete“ und „Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung“. Grundsätzlich sind diese Bezeichnungen zu verwenden. Diese Gebiete werden nur umgangssprachlich als Special Protection Area (SPA) beziehungsweise Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) bezeichnet. Die Bezeichnungen sind entsprechend zu korrigieren. Es sind darüber hinaus keine Verkürzungen der Bezeichnungen von Schutzgebieten vorzunehmen. Es handelt es sich nicht um das Landschaftsschutzgebiet „Belziger Landschaftswiesen“, sondern „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“. Die Bezeichnungen sind in der Begründung entsprechend zu korrigieren. Die Signatur der dargestellten Gemarkungsgrenzen sollten in der Legende der Planzeichnung erklärt werden.

Das Zeichen des freistehenden Sendemastes an der L 86 ist möglicherweise unzutreffend positioniert. Die Position sollte überprüft werden.

Die dargestellten Flächen für die Landwirtschaft gehen über die Landwirtschaftsflächen entsprechend des Digitalen Feldblockkatasters des MLEUV (https://maps.brandenburg.de/WebOffice/synserver?project=DFBK_www_CORE) hinaus – sollten aber darauf begrenzt werden. Nicht als Wald differenzierbare Flächen sollten als Grünflächen gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB dargestellt werden.

Analog dazu sind Feldgehölze nicht notwendigerweise Wald im Sinne von § 2 LWaldG und sollten ebenfalls als Grünflächen gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB dargestellt werden. Der Abgleich mit den Forstflächen kann über folgenden Link vorgenommen werden:

<https://www.brandenburg-forst.de/geoportal>.

6

<https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/naturschutzfachdaten/kartenanwendung/kartenanwendung-naturschutzfachdaten/#>

Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften:

- BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist
- BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]) zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.11)
- BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist
- Gemeinsamer Erlass des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung und des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr „Bauleitplanung und Landschaftsplanung“ vom 29. April 1997 (ABl. Nr. 20 vom 23. Mai 1997)
- Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen“ vom 17. Oktober 1997 (GVBl.II/97, [Nr. 32], S.826) zuletzt geändert durch Artikel 8 der Verordnung vom 29. Januar 2014 (GVBl.II/14, [Nr. 05])

Untere Denkmalschutzbehörde

Baudenkmalschutz

Im gesamten Planungsgebiet befinden sich Denkmale gemäß § 2 Abs. 1 und Abs. 2 BbgDSchG, die gemäß § 3 Abs. 1 in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen sind und auch bereits im vorliegenden Plandokument mit einem „D“ gekennzeichnet sind. Die Liste der Baudenkmale ist öffentlich einsehbar unter [Denkmalliste – BLDAM](#) und wird jährlich fortgeschrieben.

Die Fläche, auf der sich das Denkmal **„Bockwindmühle, an der Straße nach Golzow“** in 14822 Cammer befindet, ist als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Eine landwirtschaftliche Nutzung des Areals ist, solange die Bockwindmühle als Einzeldenkmal im Bestand erhalten ist, gemäß den Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG) auszuschließen.

Folgender Hinweis ist in der Begründung zum FNP unter Punkt 7.7 Baudenkmalschutz / Bauensemble-Schutzbereiche zu ergänzen:

- Veränderungen am Denkmal und in seiner Umgebung sind gemäß § 9 BbgDSchG erlaubnispflichtig und bei der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark vor Ausführung zu beantragen.

Innerhalb der vorliegenden Prüfflächen sind keine erheblichen Beeinträchtigungen der Baudenkmale zu erwarten, daher stehen dem Vorentwurf aus baudenkmalrechtlicher Sicht keine Belange entgegen.



Es wird darauf hingewiesen, dass das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM) als Träger öffentlicher Belange gesondert am Verfahren zu beteiligen ist.

Bodendenkmalschutz

Im ausgewiesenen Areal des Vorentwurfs des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch sind nachfolgende Bodendenkmale bekannt, die nach §§ 1 und 2 BbgDSchG geschützt sind (Denkmalschutzgesetz –BbgDSchG- GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff. in der aktuell gültigen Fassung):

BD 31107 (Fundplatz Oberjünne 1): Siedlung slawisches Mittelalter
BD 30439 (Fundplatz Oberjünne 2): Dorfkern Neuzeit
BD 30047 (Fundplatz Damelang 8): Dorfkern Neuzeit
BD 30224 (Fundplatz Damelang 6): Siedlung deutsches Mittelalter
BD 30306 (Fundplatz Damelang 5): Siedlung Mittelalter
BD 30048 (Fundplatz Freienthal 8): Dorfkern Neuzeit
BD 30309 (Fundplatz Freienthal 3): Siedlung Neolithikum
BD 30049 (Fundplatz Freienthal 5): Siedlung Bronzezeit
BD 30310 (Fundplatz Freienthal 4): Siedlung Eisenzeit
BD 30050 (Fundplatz Freienthal 7): Siedlung deutsches Mittelalter
BD 30311 (Fundplatz Freienthal 6): Siedlung Urgeschichte
BD 30021 (Fundplatz Brück 10): Grenzmarkierungen Neuzeit

Die vorgenannten Bodendenkmale sind korrekt im Vorentwurf erfasst und dargestellt.

Folgende Bodendenkmale befinden sich noch **in Bearbeitung (BD i.B.)** durch das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Wünsdorf (BLDAM):

BD i.B. 30040 (Fundplatz Cammer 13): Siedlung Urgeschichte
BD i.B. 30029 (Fundplatz Cammer 2): Gräberfeld römische Kaiserzeit
BD i.B. 30028 (Fundplatz Cammer 1): Gräberfeld Eisenzeit
BD i.B. 30030 (Fundplatz Cammer 3): Siedlung römische Kaiserzeit
BD i.B. 30042 (Fundplatz Cammer 15): Siedlung Eisenzeit
BD i.B. 30039 (Fundplatz Cammer 12): Siedlung Urgeschichte
BD i.B. 31295 (Fundplatz Cammer 17): Dorfkern deutsches Mittelalter/Neuzeit, Siedlung Bronzezeit/Eisenzeit
BD i.B. 30307 (Fundplatz Cammer 16, 17): Turmhügel deutsches Mittelalter, Siedlung Urgeschichte, Schloss Neuzeit
BD i.B. 30037 (Fundplatz Cammer 10): Siedlung Urgeschichte
BD i.B. 30032 (Fundplatz Cammer 5): Siedlung römische Kaiserzeit
BD i.B. 30031 (Fundplatz Cammer 4): Gräberfeld römische Kaiserzeit
BD i.B. 30038 (Fundplatz Cammer 11): Siedlung Urgeschichte
BD i.B. 30036 (Fundplatz Cammer 9): Siedlung Urgeschichte
BD i.B. 30041 (Fundplatz Cammer 14): Siedlung Urgeschichte

Diese Bodendenkmale sind noch nicht in der Denkmalliste des Landes Brandenburg erfasst bzw. im Geoportal Brandenburg kartiert und werden noch durch das BLDAM bearbeitet. Der Schutz eines Bodendenkmals ist aber nicht vom Eintrag in die Denkmalliste abhängig (§ 3 Abs. 1 BbgDSchG)

Allgemeine Hinweise

Bodendenkmale sind zu erhalten, zu schützen und zu pflegen (§ 7 Abs. 1 BbgDSchG). Für Veränderungen an Bodendenkmalen gilt eine Dokumentationspflicht (§ 9 Abs. 3 BbgDSchG), wobei auf eigene Kosten (§ 7 Abs. 3 BbgDSchG) eine wissenschaftliche Untersuchung, Ausgrabung und Bergung (einschließlich der hierbei erforderlichen Dokumentation) der im Boden verborgenen archäologischen Funde und Befunde im öffentlichen Interesse zu gewährleisten ist (§ 9 Abs. 4 BbgDSchG).

Veränderungen an Bodendenkmalen bedürfen grundsätzlich einer Erlaubnis durch die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß § 9 BbgDSchG. Die untere Denkmalschutzbehörde ist im Bauantragsverfahren zu beteiligen.

Sind Erdarbeiten geplant, die das Bodendenkmal verändern, müssen alle Erdarbeiten durch eine archäologische Fachfirma begleitet werden. Vor Baubeginn hat der Erlaubnisnehmer auf eigene Kosten (§ 7 Abs. 3 BbgDSchG) die wissenschaftliche Untersuchung, Ausgrabung und Bergung (einschließlich der hierbei erforderlichen Dokumentation) der im Boden verborgenen archäologischen Funde und Befunde im öffentlichen Interesse dadurch zu gewährleisten, dass er mit der Leitung der archäologischen Maßnahmen einen Archäologen (Fachfirma) beauftragt, deren Auswahl das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM) zuzustimmen hat (§ 9 Abs. 4 BbgDSchG). Die archäologische Dokumentation erfolgt gemäß den "Richtlinien zur Grabungsdokumentation" des BLDAM.

Über die Freigabe der archäologisch zu untersuchenden Flächen entscheiden die Denkmalbehörden. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).

• **Fachdienst Landwirtschaft**

Sollten landwirtschaftlich genutzte Flächen für die Umsetzung des Planvorhabens in Anspruch genommen werden, dann bittet der Fachdienst Landwirtschaft um Rücksprache mit den betroffenen Landwirten, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.

Unter Berücksichtigung des vorgenannten Hinweises liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem Planvorhaben vor.



- **Fachdienst Gesundheit**

Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung.

Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand Vorentwurf Januar 2025 betrachtet.

Es erfolgt die Erstaufstellung des Flächennutzungsplanes für die OT Cammer, Damelang und Freienthal sowie den Bereich des Forsthauses Johannisthal in der Gemarkung Oberjünne. Für den OT Oberjünne liegt bereits seit dem 18.12.2000 ein rechtswirksamer Flächennutzungsplan vor.

Im Rahmen des zu erstellenden Umweltberichtes sind die Einflussfaktoren auf das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit zu betrachten.

Dies zielt insbesondere auf Immissionen wie Lärm bei den festzulegenden Wohngebieten (Cammer und Freienthal) oder Lärm ausgehend von dem festzulegenden Gewerbegebiet Cammer ab.

Bei der Ausweisung von Flächen für die Energiegewinnung, hier Photovoltaik-Freiflächenanlagen, sind Blendungs- oder Reflexionserscheinungen und die optische Belästigung zu berücksichtigen.

Ebenso ist der vorsorgende Trinkwasserschutz (Trinkwassergewinnung) nicht außer Acht zu lassen.

Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.

- **Fachdienst Kreisstraßenbetrieb**

Das Vorhaben betrifft keine Kreisstraße. Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich deshalb keine Hinweise bzw. Einwendungen.

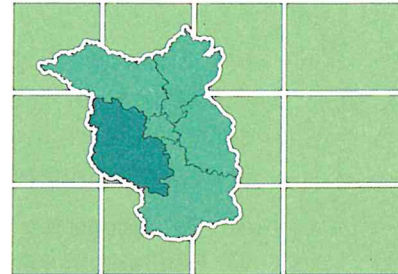
Freundliche Grüße
Im Auftrag

M. Dorn

[Dieses Dokument wurde elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.]

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

- Der Vorsitzende -



Amt Brück
Fachbereich Bauen
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Nur per E-Mail an: baurecht@amt-brueck.de sowie aw.pgm@web.de

Bearbeiter:	Tel.	E-Mail:	Az.:	Teltow, den
Herr Klauber	-13	kilian.klauber@havelland-flaeming.de	6df_10435_xg	17.04.2025

Planung: Erstaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Planebruch

Hier: Beteiligung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB

Bezug: Ihr Schreiben vom 17.03.2025 mit der Bitte um Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Beteiligung am o. g. Planverfahren und nehme wie folgt Stellung:

1. Formale Hinweise

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 2024 (GVBl. I Nr. 20), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.

Die Satzung über den **Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte** wurde mit Bescheid vom 23. November 2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft.

Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27. Juni 2019 die Aufstellung des **Regionalplans Havelland-Fläming 3.0** beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.

In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem

• Körperschaft des öffentlichen Rechts •
Oderstraße 65, 14513 Teltow
Tel.: (03328) 3354-0, Fax: (03328) 3354-20,
E-Mail: info@havelland-flaeming.de, Internet: www.havelland-flaeming.de

Verkehrsverbindung: - Potsdam Hauptbahnhof: Bus X1 oder 601 bis Teltow, Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 20 min.
- Berlin S-Bahn 25 nach S Teltow/Stadt, dann Bus X1 oder 601 bis Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 10 min.

beschlossen, für den Entwurf des Regionalplans das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. In diesem Verfahren bestand bis zum 09. Juni 2022 die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme.

Am 17. November 2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen und hierfür einen **Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027** aufzustellen. Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wurde mit Bescheid vom 26. September 2024 genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 42 vom 23. Oktober 2024 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft. Zugleich wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31. Dezember 2027 nach Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 8. März 2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht. Das Aufstellungsverfahren zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wird mit den übrigen Festlegungen fortgeführt.

2. Regionalplanerische Belange

Es werden keine Regionalplanerischen Belange berührt.

Auf die Lage der Sonderbaufläche Photovoltaik bei Cammer im Freiraumverbund (Landesplanerisches Ziel 6.2 LEP-HR) wird hingewiesen. Dort sind Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Regel nicht genehmigungsfähig.

Mit freundlichen Grüßen

beglaubigt: 

Marko Köhler



AW: Flächennutzungsplan Gemeinde Planebruch, Erstaufstellung

Von: "Sebastian Bein" <Sebastian.Bein@bad-belzig.de>

An: "AW.PGMU@web.de" <AW.PGMU@web.de>

Datum: 01.04.2025 10:32:09

Sehr geehrter Herr Dr. Wolfart,

die Stadt Bad Belzig bedankt sich für die Beteiligung am Verfahren der Flächennutzungsplanaufstellung der Gemeinde Planebruch. Es wird folgender Hinweis gegeben:

Unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 3 Nr. 2 BauGB weisen wir darauf hin, dass Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind, im Flächennutzungsplan gekennzeichnet werden sollen. Im Geltungsbereich des vorliegenden Flächennutzungsplanes befindet sich das Bergbauberechtigungsfeld Belzig-Nord B (22-1480) zur Gewinnung von Sole. Zur Veranschaulichung übersenden wir Ihnen im Anhang die Bewilligung des Oberbergamtes des Landes Brandenburg vom 11.02.1999 und eine Kartendarstellung des Erlaubnisfeldes. Wir möchten Sie bitten, das bergbaurechtliche Bewilligungsfeld zur Solegewinnung zu Gunsten der Stadt Bad Belzig in Ihrer Planung zu berücksichtigen.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Sebastian Bein

Sachbearbeiter Stadtentwicklung und Bauen

Stadt Bad Belzig

Wiesenburger Straße 6

14806 Bad Belzig